

# Berufsverbote

Im Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den so genannten „Radikalenerlass“. Ziel dieses Erlasses war es, „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Mithilfe einer „Regelanfrage“ wurden etwa 3,5 Millionen Bewerber vom Verfassungsschutz auf die politische Zuverlässigkeit durchleuchtet. In der Folge kam es zu mehr als 10.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, über 2.000 Disziplinarverfahren fast 1.250 Nichteinstellungen und 250 Entlassungen. Schwerpunktmäßig traf es Mitglieder der nicht verbotenen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und anderer linker Gruppierungen bis hin zu SPD-nahen Studentenorganisationen. Der Radikalenerlass führte vor allem zu Berufsverboten bei Lehrern, Sozialarbeitern, Juristen und Hochschulmitarbeitern, aber auch bei Lokführern und Briefträgern. Die existentielle Bedrohung durch die Verweigerung einer Anstellung im erlernten oder bereits ausgeübten Beruf diente vor allem der Einschüchterung außerparlamentarischer Bewegungen. Die Lehrenden der Universität und der Pädagogischen Hochschule sahen sich immer öfter mit Anfragen über ihre Studenten konfrontiert. Der Senat der Universität Bielefeld gab deshalb ein Rechtsgutachten in Auftrag, das die Auskunftspflicht klären sollte. Dieses Gutachten vom Mai 1977 unterschied zwischen Bürgern, Forschern und Beamten. Dabei verwies das Gutachten vor allem auf die Verschwiegenheitspflicht der Dienstherren einerseits und auf die Zweckfreiheit der wissenschaftlichen Forschung andererseits. Universitätsangehörige waren demnach nicht dazu berechtigt die Gesinnung oder das Verhalten ihrer Mitarbeiter nach außen weiterzugeben. Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenzen aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten „Irrtum“ und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab. Einige der früher abgewiesenen oder entlassenen Anwärter oder Beamten wurden – meist als Angestellte – doch noch eingestellt. Eine materielle, moralische oder politische Rehabilitierung der Betroffenen fand bisher nicht statt. Der Radikalenerlass rief eine Welle von Protesten hervor.



Protestplakat gegen die Berufsverbote



Protestlogo

### Der Fall Heiner W.:

Im September 1973 wollte Heiner W. seine erste Stelle an der Petrischule in Bielefeld antreten, doch eine Ernennungsurkunde wurde ihm verweigert. Im Mai 1974 kam es zu einer ersten Anhörung. Als Grundlage für die Entscheidung der Nichteinstellung wurde eine eingestellte Ermittlung wegen Verdachts auf Unterstützung der Baader-Meinhof-Bande vorgelegt. Heiner W. legte Widerspruch gegen die Entscheidung des Landes NRW ein. Eine neue Überprüfung wurde angekündigt und brachte im Februar 1977 neue Erkenntnisse: Heiner W. hatte bei fünf Demonstrationen (unter anderem bei einer Demonstration zur Gründung des AJZ und gegen Fahrpreiserhöhungen) Flugblätter verschiedener Organisationen verteilt. Der Regierungspräsident blieb bei seiner Entscheidung und bekam vor Gericht Recht: Der Ermessensspielraum der Behörde wurde nicht überschritten. Heiner W. begann eine vom Arbeitsamt finanzierte Umschulung zum Werkzeugmacher.

**Kommt zur DEMONSTRATION gegen die FAHRPREISERHÖHUNGEN**  
Samstag, 10.1.76, 11.00 Uhr ab Alter Markt

Seit dem 1. Januar kostet die Einzel-Fahrkarte im Netz I bei Bus und Straßenbahn der Bielefelder Stadtwerke GmbH 1,20 DM, die Monats-Fahrkarte kostet 37,00 DM. Die Fahrpreise insgesamt sind um durchschnittlich 18 % erhöht worden. Doch nicht nur diese, die Gaspreise sind zum neuen Jahr um ca. 24 % und die Wasserpreise um 10 % erhöht worden.

Verantwortlich für die Preiserhöhung ist der Stadtrat. Er hat versucht, sich von Anfang an im Hintergrund zu halten und die Verantwortung zu verweigern.

Da die Stadtwerke Eigentümer der Stadt Bielefeld sind, wird höchstens mal im Nebenamt erwähnt. Nur das Institut um die Personalleitung, einen Posten, den die SPD sehr gern mit einem der ihren besetzt sieht, was an die Öffentlichkeit, was dem nicht im Aufsehen der Stadtwerke: Schwickert, Heinen, Post und andere. Von 10 Aufsichtsratsmitgliedern sind 6 Mitglieder Vertreter der Partei. Die sogenannten Volksvertreter in Stadtrat hielten es nicht für nötig, diese unverhältnismäßigen Erhöhungen öffentlich zu beanstanden, die Fraktionen bestanden hinter verschlossenen Türen und stimmten allesamt zu.

Mit Hilfe solcher Maßnahmen haben sie die Erhöhungen durchgezogen. Die bürgerlichen Politiker als Spitze des bürgerlichen Staatsapparates gehen sich als Vertreter des Volkswillens, sobald Ratlan im Hause stehen. Haben sie jedoch ihre Sitze ergriffen, so schlagen sie andere Töne an. Beispielsweise wir um an das Interview in der Wochen Westfälischen mit dem Stadtkämmerer: Er will den Bürger dieser Stadt, doch einfach bestimmte Dinge selbst zu bezahlen (wie wäre es mit dem Spielplatz an der Herforder Straße oder der Renovierung des Freibades an der Wiesenstraße?). Wenn es jedoch um die Interessen der Kapitalisten am Ort geht, kommt der Stadtrat nicht auf die Idee, das diese etwas aus der eigenen Tasche zu bezahlen hätten. Diese erhalten Sonderpreise von Stadtwerken, hunderttausende von Mark für neue Grundstücke oder etwa den Platz für neue Parkhochhäuser (an der Wiesenstraße).

Wenn sich diejenigen wehren, die am meisten davon betroffen sind, die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitlosen, die Rentner, die Lehrlinge oder die Studenten, so greift der bürgerliche Staat zu allen möglichen Mitteln: Es wird gegen berechnete Forderungen der Arbeiter-Klasse und des Volkes gehandelt, sie werden als "sozial unverantwortlich"

**Polizei besetzte Arbeiterjugendzentrum**

An Samstag, den 8.2.75 feierten wir in der Arbeiterjugendzentrum, Heeper Str. 132 eine Karnevalfeier. Um 2.00 Uhr Mitternacht wurde die gute Stimmung plötzlich unterbrochen, als 2 Polizisten in Zivil hereintraten. Wir fragten sie, was die wollten, da wir schon einer, daß ganze Haus sei voll Bullen. Und tatsächlich hatten sie schon das Treppenhaus besetzt. Wir waren zu dieser vorgeprägten Stunde noch ca. 40 Leute und forderten die Bullen auf, uns ihren Hausdurchsuchungsbefehl zu zeigen und uns ihren Einsatzleiter zu nennen.

DAHER HATTEN SIE NUR EIN GRINSIN ÜBRIG.

Wir machten sie auf unser Hausrecht aufmerksam und forderten sie auf, mit uns das Haus zu verlassen. In Treppenhause passierte es dann.

Sie schlugen wahllos auf mehrere AJZler. Keiner konnte mehr aus dem Haus heraus, da sie sich unten mit einem knurrenden Polizeioffizier aufgebaut hatten.

Plötzlich zog ein Zivilier sogar seine Knarre und brüllte: "Gleich passiert hier was!" Wir waren alle sehr empört. Die meisten wollten aber, wie schnell die Bullen von der Schusswaffe Gebrauch machen und wir wollten uns deshalb alle in der 2. Etage versammeln, um zu bereuen, was wir tun können.

Über alle, die von der 1. Etage in die 2. Etage hochgehoben wollten, wurden zurückgegriffen und in Schach gehalten.

Nach ca. einer halben Stunde wurde uns endlich der Einsatzleiter vorgestellt. Nachdem wir schon mehrmals vergeblich die Polizisten und den Einsatzleiter aufgefordert hatten ihre Dienstaussweise zu zeigen (was ihre FÜRICH ist), nannte uns der Einsatzleiter seinen Namen ECKMANN und den seines Kollegen Diek, der sich besonders dadurch ausgezeichnet hatte, daß er rückwärts auf eine Frau einschlug. Diek meinte u. a. auch: "Wenn ich hier das Sagen hätte, hätte ich euch schon längst in einen Überwagen gesteckt und abtransportiert."

Währenddessen hatten wir auch schon den angeblichen Grund dieser Bürgerkriegsähnlichen AJZ-Besetzung durch die Polizei erfahren. Ein Zeuge habe beobachtet, wie zwei Typen, die einen Zigarettenautomaten geknackt haben sollen, im AJZ geflüchtet seien. Tatsache ist aber, daß sie weder von jemandem die Personalien feststellten noch das Haus nach den angeblich versteckten Zigaretten durchsuchten. Es wurde auch niemand festgenommen, geschweige denn was gefordert.

Uns allen erschien diese Begründung nur als Vorwand. In Wirklichkeit will man das AJZ zu einem "gefährlichen" Plakatstand machen, damit möglichst wenige Jugendliche hierher kommen.

Man stelle sich vor, um ein paar geknackte Zigaretten zu suchen, diesen Aufgebot an "Verleumdung, Polizeihetze, 30 Bullen mit Gummiknüppeln und ein Zivilist mit zerstückter Knarre."

Dieser Polizeiterror ist kein Einzelfall!!!!!!!

In Brake abtraten im Mai 1974, 60 Bullen von MEK (Möbius Einsatz Kommando) mit MP im Anschlag eine Wohngemeinschaft, mit dem Vorwand ein Sprengstoffattentat sei geplant. Die Hausdurchsuchung war natürlich ergebnislos.

In Bielefeld wurde der Nichtscharffe Willy Hüber grandios angehasst.

In Dortmund wurde der Jugendliche Erich Dohdard auf der Flucht mit einem geklauten Auto von der Polizei erschossen.

In München wurde vor wenigen Wochen ein Jugendlicher, der ohne Führerschein fuhr, mit 2 Schüssen erschossen.

Wir wissen, daß es fast ausnahmslos ist, sich gegen solche Überfälle gerichtlich zu wehren. Die schuldigen Bullen werden entweder freigesprochen oder die Verfahren niedergeschlagen. Wir werden aber weiterhin solche Vorfälle an die Öffentlichkeit bringen. Außerdem werden wir Strafantrag gegen die Polizei wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Beleidigung und Freiheitsberaubung stellen.

Wir fordern: BEHARRUNG DER WILLKÜRANNAHMEN DER ANWESENEN POLIZISTEN UND DES EINSATZLEITERS ECKMANN

KEINE WEITEREN PROVOKATIONEN GEGEN DAS ARBEITERJUGENDZENTRUM  
SCHLUSS MIT DEM POLIZEITERROR

V.i.S.d.P. die Hausversammlung des AJZ, Heeper Str. 132

Von Heiner W. verteilte Flugblätter



Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen auf dem Kesselbrink, Foto: Stadtarchiv Bielefeld



Demonstration vor dem Brackweder Rathaus nach Räumung des AJZ, Foto: Stadtarchiv Bielefeld

### Der Fall Cornelia B.-Z.:

Schon während ihrer Zeit als Referendarin an der Bielefelder Gertrud Bäumer Schule bekam Cornelia B.-Z. ein Schreiben, das eine weitere Anstellung in Frage stellte. Vor der Behörde in Minden sollte sie darüber Auskunft geben, ob sie jederzeit die Gewähr bieten könne, für die Verfassung einzutreten. Während einer Anhörung im Jahre 1973 wurde sie vor allem nach einer Mitgliedschaft in der DKP befragt. Eine Antwort auf diese Frage lehnte sie ab. Nach ihrer Prüfung bekam Cornelia B.-Z. keine Anstellung. Während sie gegen die Entscheidung der Behörden klagte, versuchte sie sich ihren Lebensunterhalt als Sekretärin zu verdienen. Ein Versicherungsunternehmen und ein Maschinenbaubetrieb entließen sie aber sofort nach dem Bekanntwerden ihres Berufsverbotes. Erst in der Fakultät für Mathematik der Universität Bielefeld fand sie eine dauerhafte Stelle als Sekretärin. Um doch als Lehrerin tätig sein zu können, verließ Cornelia B.-Z. Bielefeld und nahm eine Stelle an einer privaten Schule in Hannover an.



Cornelia B.-Z. mit Kind, Foto: Stadtarchiv Bielefeld

**IRREN IST MENSCHLICH - BERUFSSVERBOTE SIND UNMENSCHLICH**

**MI 23 THETS 08**

**-KURZDOKUMENTATION ÜBER DIE GEFÄHRDUNG DEMOKRATISCHER GRUNDRECHTE DURCH STAATLICHE WILLKÜR UND GESINNUNGSSCHNÜFFELEI**

**-FRAGEN AN DIE BUNDESTAGSKANDIDATEN IN OSTWESTFALEN**

Einladungsflyer zu einer Protestveranstaltung: Abgebildet ist Cornelia B.-Z., die Willy Brandt auf ihr Plakat gegen die Berufsverbote aufmerksam machen will.

**Ihr Kandidat der DKP**

**CORNELIA B.-Z.**  
BIELEFELD  
SLUDBRACKSTRASSE  
STUDENTIN  
25 JAHRE

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Wie Sie vielleicht schon wissen, finden am 25. März dieses Jahres in Bielefeld Kommunalwahlen statt. Diese Wahlen sind notwendig geworden wegen des sogenannten Bielefeld-Gesetzes, durch das unsere Stadt durch Eingemeindung der umliegenden Ortschaften zur sechstgrößten Stadt der Bundesrepublik geworden ist.

Ich kandidiere in Ihrem Wahlkreis als Direktkandidatin der Deutschen Kommunistischen Partei für den neuen Stadtrat und möchte mich und das Programm der DKP Ihnen in dieser Form vorstellen.

Ich bin Studentin der Mathematik an unserer neugegründeten Universität Bielefeld, bin verheiratet und stehe kurz vor dem Examen als Realschullehrerin. Trotzdem habe ich mich bereitgefunden, für die Deutsche Kommunistische Partei zu kandidieren, weil ich meine:

Bielefeld ist falsch programmiert!

**Jetzt Kommunisten ins Rathaus!**

Cornelia B.-Z. kandidiert für die DKP als Stadträtin

Autoren:  
Michael Ströter  
Silke Sieben